

II-11382 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 54169 13

1993 -10- 21

A n f r a g e

der Abg. Mag. Schweitzer, Mag. Schreiner
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Kommunalsteuer - Arbeitsplatz- statt Energiebesteuerung

Das sogenannte "Steuerreformpaket" passierte am 21. September 1993 unbeanstandet den Ministerrat. Darin ist u.a. eine dreiprozentige Kommunalsteuer enthalten, die vom Arbeitsentgelt bemessen wird.

Noch im August 1993 hatte die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie gemeinsam mit dem früheren Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sowie mehreren ÖVP-Abgeordneten das "ÖVP-Klimapaket" vorgestellt. Im Rahmen dieser Pressekonferenz wurde dezidiert die Umstellung auf Ökosteuern gefordert.

Die von der Bundesregierung nunmehr dem Nationalrat übermittelte Gesetzesvorlage zur Besteuerung der menschlichen Arbeitsleistung durch die zusätzliche Kommunalsteuer anstelle der Besteuerung des Energieeinsatzes ist keinesfalls geeignet, die legale Beschäftigung anzukurbeln oder den Schadstoffausstoß zu minimieren.

Von einem Veto der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie gegen das sogenannte "Steuerreformpaket" im Ministerrat ist leider nichts bekannt.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie begründen Sie Ihr Einverständnis zum sogenannten "Steuerreformpaket", das am 21.9.1993 unbeanstandet den Ministerrat passierte und statt der von Ihnen geforderten Ökosteuern eine neue Arbeitsplatzsteuer enthält ?
2. Welche Auswirkungen erwarten Sie sich durch diese Kommunalsteuer auf die Beschäftigung insbesondere von Frauen und Jugendlichen ?
3. Wie paßt Ihre Zustimmung bzw. Ihr unterbliebenes Veto zu diesem sogenannten "Steuerreformpaket" zu den auf der Pressekonferenz anlässlich der Präsentation des "ÖVP-Klimapaketes" gemachten Aussagen über die Sinnhaftigkeit von Ökosteuern ?
4. Was werden Sie unternehmen, um die Umstellung von Arbeitsplatz- auf Umweltverbrauchssteuern durchzusetzen ?